Die Bilanz der Europäischen Integration 1987/88 Szenenwechsel in Europa

WERNER WEIDENFELD

Ein europäischer Szenenwechsel hat sich vollzogen: Skepsis und Larmoyanz wurden mit dem Erfolg des Brüsseler Gipfels (11./12. Februar 1988)[1] von vorsichtig optimistischer Zukunftserwartung verdrängt. Die großen Themen der Krisenszenarien und umfassenden Reformpläne[2] wurden abgelöst von den Fragen nach Möglichkeit und Konsequenz einer Vollendung des Binnenmarktes. Die Europäische Gemeinschaft ist wieder zu einem Faktor geworden, mit dem zu rechnen ist. Wie ist dieser Wandel zu erklären? Was sind die strukturellen Grundlagen für die Akzentverschiebungen im europapolitischen Diskurs? Diese Fragen muß eine Bilanz der Europäischen Integration für die Jahre 1987/88 beantworten.

Europäischer Krisenalltag

Europa begann 1987 eigentlich so wie in den Jahren zuvor: Stagnation, Dissens, Zweifel im Blick auf die Lösbarkeit der anstehenden Fragen. Zwar hatte man mit der Einheitlichen Europäischen Akte[3] erstmals einen materiell bedeutsamen Zusatzvertrag zu den Römischen Verträgen verabschiedet, aber der Ratifizierungsprozeß zeigte sich als außerordentlich mühsam[4]. Damit wurden zunächst die skeptischen Zweifel genährt, ob das Programm der Einheitlichen Europäischen Akte, insbesondere was die Vollendung des Binnenmarktes betraf[5], überhaupt zu realisieren sei. Entsprechend wirkte der 1. Juli 1987 als Tag des Inkrafttretens des Zusatzvertrages nicht wie eine psychologische Zäsur im Blick auf europäische Zukunftserwartungen. Hier sollten sich erst im Laufe des Jahres 1988 Wandlungen vollziehen. Der Erfolg des Brüsseler Sondergipfels vom Februar 1988 ließ die Realisierungschancen der Einheitlichen Europäischen Akte in neuem Licht erscheinen.

Die vordringliche Themenpalette für 1987/88 war klar:

- Die Europäische Gemeinschaft hat die Grenze ihrer gegenwärtigen Finanzausstattung erreicht. Ein zukunftsfähiges Finanzkonzept war überfällig[6].
- Die Steigerung der Agrarmarktkosten war exorbitant. Eine vernünftige Finanzierungsregelung für den EG-Gesamthaushalt konnte nur gelingen, wenn gleichzeitig eine Reduzierung der Zuwachsrate im Bereich der agrarpolitischen Kosten vollzogen wurde[7].
- Das Entwicklungsgefälle zwischen den armen und reichen Regionen stellte die Handlungsfähigkeit und die künftige Effizienz der Gemeinschaft insgesamt in

Frage[8]. Es lag auf der Hand, daß zumindest die südlichen Mitgliedsländer nur unter der Voraussetzung eines Ausbaus der Strukturfonds sich konstruktiv an den übrigen Reformmaßnahmen beteiligen würden.

Die europapolitische Diskussion, die sich zäh über das Jahr 1987 bis zum Brüsseler Sondergipfel hinzog, spiegelt den Dissens und die Heterogenität der Interessen wider. Hinzu kam, daß die einzelnen Mitgliedstaaten spürten, mit welcher innenpolitischen Sensibilität inzwischen die europäischen Themen zu behandeln waren. Erfolg oder Mißerfolg bei Parlamentswahlen schienen zunehmend in den Sog der europapolitischen Kontroversen zu geraten. Die Handlungsmarge der Regierungsvertreter in den EG-Gremien wurde dadurch zwangsläufig verringert. Der Blick Europas wurde mehr und mehr nach innen gerichtet: auf den jeweiligen innergesellschaftlichen Resonanzboden der einzelnen Regierungen. Und dort, wo man Reformerwartungen festmachte, richtete sich der Blick auf eben die gleichen Regierungen und deren in der Regel bilateralen Initiativen. Kurzum: Die Europäische Gemeinschaft hat in der zurückliegenden Zeit eine Gouvernementalisierung und eine Bilateralisierung erfahren – die allerdings wirkungsvoll ergänzt wurde durch das gewachsene Führungspotential der EG-Kommission.

Wie konnte es vor diesem Hintergrund gelingen, den gordischen Knoten der europäischen Problemverwicklungen durchzuschlagen? Drei Antworten sind darauf zu geben:

1. durch strategisch geschickte Vorgaben der EG-Kommission,
2. durch die Methode der Paketbildung,
3. durch bilateral angelegte Führungsimpulse.

Der Zufall des Kalenders

Der Beginn des Jahres 1988 brachte als Zufall des politischen Kalenders mehrere Ereignisse zusammen, deren innere Verbindung für die neuen europäischen Schritte von sensibler Relevanz war:

- Im Januar 1988 jährte sich zum 30. Mal das Inkrafttreten der Römischen Verträge[9]. Im historischen Erinnern konnte die weite Wegstrecke vermessen werden, die von den Europäern in den letzten Jahrzehnten zurückgelegt worden war. Aber gleichzeitig wurde erneut bewußt, daß diese Erfolgsgeschichte höchst unvollendet blieb: Europa als ein Torso.
- Im Januar 1988 übernahm die Bundesrepublik Deutschland die EG-Ratspräsidentschaft. Hohe Erwartungen wurden in die europäische Führungsfähigkeit der Bundesrepublik gesetzt. Es galt, eine beachtliche Problemhalde abzutragen, die über Jahre aufgeschüttet worden war und den Weg in die gemeinsame europäische Zukunft zu versperren drohte. Es galt, das vitale Interesse der Bundesrepublik Deutschland an europäischen Fortschritten in entsprechende Führungsimpulse umzusetzen[10].
- Im Januar 1988 jährte sich die Unterzeichnung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages zum 25. Mal[11]. Dieses Ereignis erinnerte an die Schlüs-

selrolle, die beide Länder für Europa spielen. Ihre gemeinsame Kraft war auch 1988 gefordert.

Diese drei Ereignisse lassen sich unschwer als Folie für die Behandlung des Zukunftsgutes namens Europa heranziehen. Im Rückblick auf die 50er und im Ausblick auf die 90er Jahre ergeben sich elementare Erfahrungsgrundsätze, deren Relevanz soeben wieder neu belegt worden ist:

1. Der Schlüssel für weitreichende europäische Übereinkünfte liegt in der Methode der Paketbildung. Die nationalen Interessen und einzelnen Konflikte bleiben dann nicht unverbunden nebeneinander, sondern sie werden in einen kompromißfähigen Zusammenhang gebracht. Diese Kunst wurde auch von der Tagesordnung der Jahre 1987/88 immer wieder verlangt: Reform des EG-Finanzsystems, Reform der Strukturfonds, Reform des Agrarmarktes, Anstöße für die Effektivierung des Binnenmarktes. Die Agenda war lang. Jede denkbare Entscheidung mußte Besitzstände angreifen. Es wäre wirklichkeitsfremd gewesen, eine solche Entscheidungsfähigkeit anders zu erwarten als auf der Grundlage sorgfältig geschnürter Pakete.
2. In den harten Verhandlungen um die Römischen Verträge kam es zum Durchbruch, als sich Frankreich und Deutschland einigten. Ähnliche Erfahrungen waren auch in anderen Zusammenhängen zu machen – so bei der Gründung des Europäischen Währungssystems wie bei der Initiative zur Einheitlichen Europäischen Akte. Diese Erfahrung läßt sich auf die Formel bringen: integrationspolitische Fortschritte gibt es nur dann, wenn sich die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich einigen und so europäische Führungsimpulse freisetzen.

Renaissance des Bilateralismus

Wer nach den Bewegungsgesetzen der europäischen Einigung forscht, der wird immer wieder Entwicklungsphasen beobachten können, in denen das bilaterale Zusammenspiel zweier Staaten der Schlüssel zur Erklärung wird. Wer die jüngste Vergangenheit daraufhin prüft, der wird auf die integrationspolitische Bedeutung der deutsch-französischen Zusammenarbeit verwiesen.

Diese Zusammenarbeit ist nicht als eine Art vorgegebener Harmonie zu verstehen und hat sich auch nicht an jedem europapolitischen Detail zu beweisen. Sie entfaltet vielmehr ihre Ausstrahlung an den strategisch sensiblen Scharnierstellen der Einigung Europas:

Aus Anlaß der 25. Wiederkehr der Unterzeichnung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages wurden ein deutsch-französischer Verteidigungsrat, ein Wirtschafts- und Finanzrat sowie ein Kulturrat gegründet[12]. Es wurde eine deutsch-französische Brigade eingerichtet. Schon vorher hatte man Stufen einer gemeinsamen Offiziersausbildung sowie gemeinsame Manöver vereinbart, ebenso Konsultationen vor dem potentiellen Einsatz französischer Atomwaffen[13]. In solchen Phasen des Wandels besteht Erklärungsbedarf[14]. Man tut gut daran, diese aktuelle Entwicklung historisch umfassend einzuordnen: Die Geschichte der

deutsch-französischen Beziehungen kennt eine Fülle kriegerischer Konflikte – kaum eine Generation, die davon verschont geblieben war. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation ging mit der Eroberung durch Napoleon 1806 unter. Als Reaktion formierte sich die deutsche Nationalbewegung mit starken antifranzösischen Tendenzen. Nach dem Sieg Preußens über Frankreich wurde der deutsche Nationalstaat 1871 gegründet. Die Proklamation des deutschen Kaisers im Schloß zu Versailles wurde zum Symbol der Entfremdung der Nachbarvölker. Dann im 20. Jahrhundert die beiden Weltkriege, auf deren Schlachtfeldern sich Deutsche und Franzosen gegenüberstanden. Vor diesem Hintergrund einer leidvollen Geschichte entstand die Stereotype einer deutsch-französischen Erbfeindschaft. Hier wird ablesbar, welch hohes Gut und welch historischer Erfolg die deutsch-französische Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg darstellt.

Der Anstoß zu der neuen Ära deutsch-französischer Beziehungen ging dabei gerade von jenen aus, die besonders unter dem Nationalsozialismus gelitten und besonders mutig die Nationalsozialisten bekämpft hatten: Männer und Frauen des Widerstands, Verfolgte, Überlebende der Konzentrationslager. Noch auf den Trümmerfeldern des Krieges wurde die Hand zur Versöhnung gereicht. Diese Versöhnung hat in starken Symbolen immer wieder ihren Ausdruck gefunden:

- in der Umarmung Adenauers und de Gaulles nach Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages 1960,
- im Händedruck Kohls und Mitterrands vor den Gräbern vor Verdun,
- in der gemeinsamen Parade deutscher und französischer Truppen im Hof des Invalidendomes in Paris, dort, wo sonst nur die Fahnen besiegter Armeen hängen.

Vor diesem Hintergrund muß man sehen, daß die aktuellen Vereinbarungen nichts anderes darstellen als konkrete Realisierungen dessen, was allgemein im deutsch-französischen Freundschaftsvertrag des Jahres 1963 vereinbart worden war. Damals hatten die Vertragsväter Konrad Adenauer und Charles de Gaulle eine weitreichende politische Verbindung angestrebt, die auch die sicherheitspolitische Komponente umfaßte. Die Verklammerung von Deutschland und Frankreich sollte – nach ihrem Willen – zum Motor der politischen Union Europas werden. Diese Gemeinschaft sollte fundiert sein durch eine breite gesellschaftliche Verflechtung auch im Blick auf die kommende Generation, wozu man das deutsch-französische Jugendwerk schuf. Aber als Konrad Adenauer dann nur wenige Monate nach Unterzeichnung des Vertrages zurücktreten mußte, war der spezifische Elan, aus dem Vertrag heraus die politische Union Europas zu bauen, schnell reduziert. Eine Zeit der Enttäuschungen und der Stagnation begann. Ende der 70er Jahre waren dann erste Revitalisierungen zu beobachten: Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing gaben gemeinsam den Anstoß zur Gründung des europäischen Währungssystems.

Die 80er Jahre brachten eine neue Wendung. Ein ganzer Fächer von aktuellen Vereinbarungen ist vor diesem Hintergrund zu sehen:

- Der deutsch-französische Verteidigungsrat hat als Aufgaben:
  - die Ausarbeitung gemeinsamer Konzeptionen auf dem Gebiet der Sicherheit und
  - die Abstimmung zwischen beiden Staaten in allen die Sicherheit Europas angehenden Fragen, einschließlich der Gebiete Abrüstung, Rüstungskontrolle, Ostpolitik.
- Die gemeinsame deutsch-französische Brigade, die in Süddeutschland stationiert wird, soll 4200 Mann umfassen. Sie wird abwechselnd unter französischem und deutschem Kommando stehen. Sie soll Erfahrungen für multilaterale europäische Verbände bieten. Hier werden gemeinsame Ausbildungsmodelle erarbeitet und erprobt. Im Spannungsfall wird der Heeresgroßverband Sicherungsaufgaben des Territorialheeres in rückwärtigen Kampfzonen übernehmen.
- Ausdrücklich wird in der Präambel des Zusatzvertrages zum Freundschaftsvertrag auf die Verpflichtungen im Rahmen des Bündnisses hingewiesen. Entsprechend hat Bundeskanzler Kohl im Deutschen Bundestag erklärt: „Mit ihrer engeren sicherheitspolitischen und militärischen Zusammenarbeit leisten Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland einen Beitrag zur Stärkung des europäischen Pfeilers des Atlantischen Bündnisses und damit zur Stabilisierung des Friedens in Europa"[15].
- Parallel dazu will die Schaffung des deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrates ein Beitrag zur angestrebten europäischen Wirtschafts- und Währungsunion leisten.

Die Nagelprobe für das deutsch-französische Verhältnis liegt also – auch 25 Jahre nach Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages – zweifellos in der Funktion, Kristallisationspunkt und Schrittmacher für ein handlungsfähiges Europa zu sein.

Das europäische Paket

Das deutsch-französische Zusammenwirken bewährte sich dann auch bei der vorläufigen Lösung jener Strukturfragen, die den europäischen Alltag seit vielen Jahren belastet hatten. Wie sollte die Explosion der Kosten des Agrarmarktes sozial verträglich gestoppt werden? Wie sollte der EG-Finanzrahmen mittelfristig stabil ausgestaltet werden? Wie sollten die Strukturfonds ausgebaut werden, um auch den unterentwickelten Regionen eine europäische Zukunft zu geben?

Die EG-Kommission hatte ihre Antwort auf diese Grundsatzfragen mit dem „Delors-Paket" formuliert[16]: deutliche Erhöhung der EG-Eigenmittel durch Schaffung einer neuen Einnahmequelle, Verdoppelung der Strukturfonds, Reduzierung der Agrarmarktkosten durch weitere Preisabschläge bei Überproduktion. In diesem Kontext bewegte sich die Diskussion in den Mitgliedstaaten und zwischen den Mitgliedsregierungen. Je nach Interessenlage wurde die eine oder andere Komponente aus dem Paket besonders betont, wurde das eine oder andere Problem besonders dramatisiert. Mehr und mehr rückte die Notwendigkeit zur

innenpolitischen Rücksichtnahme in den Vordergrund. Wie sollte beispielsweise die deutsche Bundesregierung von den Landwirten weitere Opfer verlangen und gleichzeitig höhere Beiträge nach Brüssel abführen? Wie sollte die englische Regierung für eine höhere Finanzausstattung zu gewinnen sein, wenn nicht gleichzeitig drastische Sparsignale im Agrarbereich gesetzt wurden? Wie sollte die italienische Regierung für eine deutliche Anhebung der Finanzanteile Italiens an den EG-Kosten stimmen, wenn nicht gleichzeitig die Strukturfonds eine klarere Südorientierung erhielten? Das europäische Szenarium des Jahres 1987 zeigte also das übliche Alltagsstück: Konflikte – Stagnation, wechselseitige Schuldzuweisung, Kassandra-Rufe. Der Europäische Rat entwickelte eine Routine des Scheiterns: Der Brüsseler Gipfel vom 29./30. Juni 1987 und der Kopenhagener Gipfel vom 4./5. Dezember 1987 waren gewissermaßen Symbole der europäischen Unbeweglichkeit. Alle Erwartungen richteten sich daher auf den Brüsseler Sondergipfel vom Februar 1988, der endlich den gordischen Knoten europäischer Problemverwicklungen durchschlagen sollte. Offenbar braucht die Europäische Gemeinschaft einen solchen immensen Erwartungsdruck, um im Blick auf strukturelle Einschnitte handlungsfähig zu sein.

Der Brüsseler Gipfel brachte dann den dringend notwendigen Durchbruch[17]:

1. Die Finanzierung:
   Der Gesamtrahmen der Eigenmittel wurde auf 1,3% des Bruttosozialprodukts der Gemeinschaft festgelegt. Damit ist die Begrenzung des Ausgabenvolumens bis 1992 angegeben. Die schrittweise Zuwachsrate soll jährlich festgelegt werden. Um neben dem effektiven Finanzbedarf auch den relativen Wohlstand der Mitgliedstaaten stärker zu berücksichtigen, trat nunmehr neben Zölle, Abschöpfungen und den Abführungssatz von 1,4% der Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage eine vierte Einnahmequelle: ein Abführungssatz auf das Bruttosozialprodukt, der im Rahmen des Haushaltsverfahrens festzusetzen ist. Die Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage darf 55% des Bruttosozialprodukts eines Mitgliedstaates nicht überschreiten. Der Finanzausgleich für Großbritannien wurde fortgesetzt, allerdings unter Anrechnung des Vorteils, den Großbritannien durch die Einführung der vierten Einnahmequelle hat. An der Finanzierung des Ausgleichs beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland nur mit zwei Dritteln des normalen Beitragsanteils; Spanien und Portugal erhalten eine Ermäßigung, wie sie ihnen für die Übergangszeit nach dem Beitrittsvertrag zusteht.
2. Der Agrarmarkt:
   Es wurde festgelegt, daß die jährlichen Steigerungsraten des Agrarfonds nur 74% der Steigerungsrate des Bruttosozialprodukts der Gemeinschaft betragen darf. Zusätzlich wurden sog. „Agrarstabilisatoren" beschlossen. Dies bedeutet, daß die Preise für Agrarerzeugnisse gesenkt werden, wenn im Vorjahr bestimmte Mengenschwellen überschritten wurden. Für Getreide wurde die Garantiemenge auf 160 Millionen Tonnen festgesetzt. Im Falle des Überschreitens muß der Interventionspreis im folgenden Jahr um 3% gesenkt werden.

Außerdem wird eine Mitverantwortungsabgabe von bis zu 3% erhoben. Für Kleinerzeuger sind Befreiungen vorgesehen.

Bei Ölsaaten und Eiweißpflanzen beträgt die Preissenkung je 1% Mengenüberschreitung 0,45% im Wirtschaftsjahr 1988/89 und 0,5% in den späteren Jahren. Bei Tabak sowie Schaf- und Ziegenfleisch wird bei Schwellenüberschreitung um jeweils 1% eine Preissenkung um ebenfalls 1% vorgesehen. Für andere Erzeugnisse werden entweder bisher schon geltende Stabilisatoren beibehalten oder, wie bei Wein, Obst und Gemüse, in differenzierter Weise erhöht.

Zusätzlich wurde ein Flächenstillegungsprogramm beschlossen. Es ist so ausgestaltet, daß es obligatorisch für den Mitgliedstaat, jedoch fakultativ für die Erzeuger ist. Landwirte, die sich verpflichten, mindestens 20% ihrer genutzten Ackerfläche für mindestens fünf Jahre stillzulegen, erhalten Prämien zwischen 100 bis 700 ECU je Hektar. Legen sie 30% still, werden ihnen über die Prämie hinaus Befreiungen von der Basis-Mitverantwortungsabgabe und der zusätzlichen Mitverantwortungsabgabe für 20 Tonnen vermarktetes Getreide zugesagt.

Schließlich werden eine fakultative Gemeinschaftsregelung für den Vorruhestand von Landwirten sowie Einkommensbeihilfen vorgesehen. Diese beiden Programme bedürfen noch der Konkretisierung durch Kommissionsvorschläge und Ratsbeschlüsse.

3. Die Strukturfonds:
   Die Verpflichtungsermächtigungen für die Strukturfonds wurden bis 1993 gegenüber 1987 verdoppelt. Sie steigen damit bis auf 13 Milliarden ECU im Jahre 1992. Fünf vorrangige Ziele für den Einsatz der Fonds wurden beschlossen:
   - Förderung der Entwicklung und der strukturellen Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand; damit sind solche Regionen gemeint, deren Bruttoinlandsprodukt pro Kopf unter 75% des EG-Durchschnitts liegt; dies betrifft ganz Portugal, Irland, Griechenland, Italien südlich von Rom, Spanien außer dem Nordosten; Nordirland und französische Überseegebiete.
   - Umstellung der vom industriellen Niedergang schwer betroffenen Regionen,
   - Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit,
   - Erleichterung der Eingliederung von Jugendlichen in das Erwerbsleben,
   - Beschleunigung der Anpassung der Agrarstrukturen und Förderung der Entwicklung ländlicher Gebiete.

Insgesamt kann man sagen, daß die Brüsseler Beschlüsse strategisch richtig angesetzt haben, indem sie eine mittelfristige Finanzierungsregelung mit einer sozial verträglichen Reform des Agrarmarktes und einem Ausbau der Strukturfonds verbanden. Dennoch ist realistisch zu sehen, daß die Brüsseler Beschlüsse – historisch eingeordnet – der Europäischen Gemeinschaft nur eine Atempause verschafft haben. Für die Zeit nach 1992 stehen neue Probleme an. Die Europäische Gemeinschaft wäre gut beraten, schon frühzeitig den Konsens für diese langfristige Perspektive zu erarbeiten.

Der Blick in die Zukunft

Das politisch entscheidende Ergebnis des Brüsseler Sondergipfels lautet also: Der Blick ist frei geworden für die langfristigen Zukunftsaufgaben Europas. Einige Beispiele seien dazu genannt:

- Die jüngsten Erfolge des Brüsseler Gipfels können nicht darüber hinwegtäuschen, daß Mitte der 90er Jahre eine umfassende Neuregelung der Finanzgrundlagen der Europäischen Gemeinschaft unausweichlich ist. Die Trennung von Einnahme- und Ausgabenkompetenz ist auf Dauer nicht haltbar. Die Frage nach der optimalen Zuordnung von Zentralisierung und Dezentralisierung in Europa wird mit der Diskussion um eine adäquate Finanzausstattung zu verbinden sein[18].
- Die Vollendung des Binnenmarktes wird in zahlreichen politischen Feldern Konsequenzen zeigen, die bisher noch nicht durchdacht sind: Von der Regionalpolitik, der Umweltpolitik über die Verkehrspolitik bis zur Währungspolitik[19]; um es in konkreten Projekten zu formulieren – von der Europäischen Zentralbank bis zu einem hochmodernen Schnellbahnsystem, das nach Möglichkeit sowohl mit einer Nord-Süd-Achse als auch mit einer Ost-West-Achse ausgestattet sein sollte.
- Die Vollendung des Binnenmarktes wird einen großen ökonomischen Wachstumsschub auslösen[20]. Es ist interessant zu beobachten, welche Sogwirkung davon bereits heute auf Drittstaaten ausgeht. Beitrittsanträge und Beitrittsdiskussionen in zahlreichen Ländern signalisieren die Erwartung ökonomischer Gewichtsverschiebungen. Mit dieser Dynamik werden sich auch innerhalb der Gemeinschaft jene bremsenden Widerstände handfester Einzelinteressen überwinden lassen. Aber damit wird zugleich eine Fülle langer angestammter Besitzstände in Frage gestellt – also werden auch Konflikte eines neuen Ausmaßes in Europa ausgelöst. Die Auseinandersetzungen in der Stahlindustrie, bei den Werften, in der Landwirtschaft dürften nur eine schüchterne Vorahnung dazu vermitteln. Für diese neue Qualität von Konflikten, die sehr tief manifeste Interessen angreift, fehlen bisher adäquate Legitimationsprozeduren. Der Mangel an Effizienz und Transparenz europäischer Verfahren ist spätestens dann nicht mehr tragbar.
- Wir erleben gegenwärtig eine Verschiebung der demographischen Daten in Europa, deren Folgewirkungen bedacht sein wollen: In Teilen Europas verschiebt sich die Alterspyramide so, daß dort der alte Kontinent vergreist. In anderen Teilen Europas ist das Bevölkerungswachstum oder aber der Zuzug außereuropäischer Bevölkerungsgruppen besonders ausgeprägt. Die gesellschaftlichen, bildungspolitischen und sozialpolitischen Folgen sind bisher kaum reflektiert.
- In der sicherheitspolitischen Architektur Europas vollzieht sich ein weitreichender Wandel[21]. Dies gilt für das Verhältnis zwischen Ost und West im Sektor Abrüstung und vertrauensbildende Maßnahmen. Dies gilt aber vor allem

für das Verhältnis zwischen Westeuropa und den USA. Die Asymmetrie zwischen den Partnern ist hier das Schlüsselproblem. Wie kann die sicherheitspolitische Identität Westeuropas präzisiert und zugleich der sicherheitspolitische Konsens der Atlantischen Allianz gestärkt werden? Die Formel „weltweite Verantwortung für die Supermächte und regionale Orientierung für Europa" kann auf Dauer nicht bestehen. Auch von Europa werden weltpolitische Standortbestimmungen verlangt.

Alle diese diversen Probleme und vielfältigen Aufgaben gilt es in ein strategisches Konzept einzuordnen, in angemessene Proportionen zu bringen und damit lösungsfähig zu machen.

Politik wie Wissenschaft stehen also vor einem ambitionierten Arbeitsprogramm zur Zukunft Europas.

Anmerkungen

1 Die Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 11./12. 2. 1988 sind abgedruckt als Dokument Nr. 5 in diesem Band.

2 Im Überblick vgl. Weidenfeld, Werner: 30 Jahre EG, Bilanz der Europäischen Integration. Bonn 1987.

3 Die Einheitliche Europäische Akte ist abgedruckt als Dokument Nr. 7 im Jahrbuch der Europäischen Integration 1985, S. 431–452.

4 Vgl. zum Ratifizierungsprozeß u. a. Weidenfeld, Werner: Die Bilanz der Europäischen Integration 1986/87, 30 Jahre EG – Eine Idee wird politischer Alltag, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1986/87, S. 13–31, v. a. S. 19–20; ders., a.a.O. (Anm. 2), S. 127 f.; Wessels, Wolfgang: Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1986/87, S. 32–50 mit weiteren Literaturangaben sowie die jeweiligen Länderartikel im Jahrbuch der Europäischen Integration 1986/87 und in diesem Band.

5 Weidenfeld, Werner: Die Einheitliche Europäische Akte, in: Außenpolitik, 37. Jg. 1986, S. 375–383.

6 Vgl. u. a. Läufer, Thomas: Haushaltspolitik, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1986/87, S. 141–153, v. a. S. 149–151; Pfennig, Gero: Eine neue Finanzverfassung für die EG – Basis für eine föderierte Europäische Union, in: Integration 4 (1986), S. 143–155.

7 Vgl. u. a. Biehl, Dieter, u. a.: Gemeinsame Agrarpolitik. Europäische Integration und weltwirtschaftliche Arbeitsteilung. Bonn 1987; v. Urff, Winfried u. Heino v. Meyer (Hrsg.): Landwirtschaft, Umwelt und ländlicher Raum – Herausforderungen an Europa. Hermann Priebe zum 80. Geburtstag. Baden-Baden 1987.

8 Vgl. u. a. Keating, Michael u. Barry Jones (Hrsg.): Regions in the European Community, Oxford 1985; OECD: Restructering the Regions Analysis. Policy Model and Prognosis. Paris 1986; Clausse, Guy, u. a.: Evolution des disparties regionales dans la Communauté 1970–1982; Analyse statistique et comparative, in: EIB-Papers Sept. 1986, S. 17–33.

9 Vgl. dazu Küsters, Hans-Jürgen: Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Baden-Baden 1982; Weilemann, Peter: Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft: Zur Gründungsgeschichte von Euratom 1955–1957. Baden-Baden 1983; von der Groeben, Hans: Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft. Das Ringen um den Gemeinsamen Markt und die Politische Union (1958–1966). Baden-Baden 1982; zur Bilanz siehe ders.: Die Europäische Gemeinschaft und die Herausforderungen unserer Zeit. Baden-Baden 1987; Jansen, Thomas: Europa: von der Gemeinschaft zur Union (Mainzer Beiträge zur Europäischen Einigung, Bd. 6), Bonn 1986.

10 Vgl. u. a. Rede von Hans-Dietrich Genscher vor dem Europäischen Parlament zum Programm der deutschen Ratspräsidentschaft,

20. 1. 1988, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 9 vom 22. 1. 1988, S. 61–67; Wessels, Wolfgang u. Elfriede Regelsberger (Hrsg.): The Federal Republik of Germany and the European Community: The Presidency and Beyond. Bonn 1988; Adam-Schwaetzer, Irmgard: Die deutsche Rolle in der Europäischen Gemeinschaft – Probleme und Erwartungen, in: Integration, 1 (1988), S. 3–10; Wallace, William: Für eine europapolitische Führungsrolle der Bundesrepublik Deutschland, in: Integration, 1 (1988), S. 17–22; siehe auch Garthe, Michael: Bundesrepublik Deutschland, in diesem Band.

11 Zur historischen Einordnung vgl. u. a. Knipping, Franz u. Ernst Weidenfeld (Hrsg.): Eine ungewöhnliche Geschichte. Deutschland–Frankreich seit 1870. Bonn 1980; Weidenfeld, Werner: 25 Jahre nach dem 22. Januar 1963: Deutsch-französischer Freundschaftsvertrag, in: Außenpolitik, 39. Jg. 1988, S. 3–13.

12 Abgedruckt in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 11 vom 27. 1. 1988, S. 82–88.

13 Gemeinsame Erklärungen des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Kohl, und des französischen Staatspräsidenten, François Mitterrand, in Paris am 28. Februar 1986 nach zweitägigen bilateralen Konsultationen, in: Europa-Archiv 9 (1986), S. D. 235–D 237.

14 Zur systematischen Einordnung vgl. u. a. Kaiser, Karl u. Pierre Lelouche (Hrsg.): Deutsch-französische Sicherheitspolitik. Bonn 1986; Schmidt, Peter: Deutsch-französiche Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. SWP-AZ 2540, Ebenhausen 1987; Schütze, Walter: France and Germany: Cooperation and Conflict in Defense and Security. Genf 1987; Schmidt, Helmut: Deutsch-französische Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik, in: Europa-Archiv, 42. Jg. 1987, S. 303–312.

15 Erklärung der Bundesregierung zum 25. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit und den offiziellen Besuch des Bundeskanzlers in der ČSSR, abgegeben von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag am 4. Februar 1988, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 20 vom 5. 2. 1988, S. 161–165, hier S. 162.

16 Bulletin der EG, 7/8 1987, S. 9–14; s. ergänzend Ehlermann, Claus-Dieter: Die Beschlüsse des Brüsseler Sondergipfels: Erfolg einer Gesamtstrategie der Delors-Kommission, in: Integration 2 (1988), S. 56–63.

17 Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 11./12. 2. 1988 sind abgedruckt als Dokument Nr. 5 in diesem Band; s. zur Interpretation u. a. Biehl, Dieter: Ein substantielles, aber begrenztes Reformpaket – zum Brüsseler Reformgipfel, in: Integration 2 (1988), S. 64–74.

18 Vgl. u. a. Biehl, Dieter: A Federalist Budgetary Policy Strategy for European Union, in: Policy Studies, Vol. 6, Part 2, October 1985, S. 66–76; ders.: Umrisse einer EG-Finanzverfassung aus föderalistischer Perspektive, in: Mestmäcker, Ernst-Joachim, u. a. (Hrsg.): Eine Ordnungspolitik für Europa. Festschrift für Hans von der Groeben zu seinem 80. Geburtstag. Baden-Baden 1987, S. 51–67.

19 Vgl. u. a. Scharrer, Hans-Eckart u. Wolfgang Wessels (Hrsg.): Stabilität durch das EWS? Koordination und Konvergenz im Europäischen Währungssystem. Bonn 1987; Ludlow, Peter: The Making of the European Monetary System. London 1982.

20 Vgl. Cecchini, Paolo, u. a.: Europa '92. Endlich ein Binnenmarkt. Baden-Baden 1988; siehe zur ergänzenden Problematisierung auch Padoa-Schioppa u. a.: Effizienz, Stabilität und Verteilungsgerechtigkeit. Eine Entwicklungsstrategie für das Wirtschaftssystem der Europäischen Gemeinschaft (Bericht einer von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften eingesetzten Studiengruppe unter der Leitung von T. Padoa-Schioppa). Brüssel, April 1987.

21 Vgl. u. a. Kaiser, Karl u. John Roper (Hrsg.): Die Stille Allianz. Deutsch-britische Sicherheitskooperation. Bonn 1987; Kaiser/Lelouche, a.a.O.; Werner Weidenfeld: Neuorganisation der Sicherheit Europas, in: Europa-Archiv, 42. Jg. 1987, S. 259–268; Bertram, Christoph: Europe's Security Dilemmas, in: Foreign Affairs, 1987, S. 942–957; Ullmann, Richard u. Mario Zucconi (Hrsg.): Western Europe and the Crisis in U. S.-Soviet Relations. New York 1987.

Weiterführende Literatur

Bieber, Roland u. Georg Ress (Hrsg.): Die Dynamik des Europäischen Gemeinschaftsrechts. Baden-Baden 1987.

Grabitz, Eberhard, u. a.: Direktwahl und Demokratisierung – Eine Funktionenbilanz des Europäischen Parlaments nach der ersten Wahlperiode. Bonn 1988.

Holeschovsky, Christine/Janning, Josef/Stoll, Karin u. Werner Weidenfeld: Europäische Defizite, europäische Perspektiven – eine Bestandsaufnahme für morgen (Strategien und Optionen für die Zukunft Europas, Grundlagen 1). Gütersloh 1988.

Lützeler, Paul Michael (Hrsg.): Plädoyers für Europa. Stellungnahmen deutschsprachiger Schriftsteller 1915–1949. Frankfurt 1987.

Mestmäcker, Ernst-Joachim u. a. (Hrsg.): Eine Ordnungspolitik für Europa. Festschrift für Hans von der Groeben zu seinem 80. Geburtstag. Baden-Baden 1987.

Neuss, Beate: Europa mit der linken Hand? Die deutschen Personalentscheidungen für die Kommission der Europäischen Gemeinschaften. München 1988.

Rack, Reinhard (Hrsg.): 30 Jahre danach: Neue Perspektiven für die Beziehungen der EFTA-Staaten zur Europäischen Gemeinschaft. Baden-Baden 1987.

Rijksbaron, A., u. a. (Hrsg.): Europe from a cultural perspective. Den Haag 1987.

Scharrer, Hans-Eckart u. Wolfgang Wessels (Hrsg.): Stabilität durch das EWS? Koordination und Konvergenz im Europäischen Währungssystem. Bonn 1987.

Schenk, Karl-Ernst u. Joachim Seeler (Hrsg.): Neue Perspektiven der Beziehungen mit den RGW-Mitgliedstaaten. Bonn 1988.

Seefeld, Horst, u. Egon Klepsch (Hrsg.): Stimmen der Welt im Europäischen Parlament. Reden von Staatsoberhäuptern 1980–1987. Bonn 1988.

Urff, Winfried von u. Heino v. Meyer (Hrsg.): Landwirtschaft, Umwelt und ländlicher Raum – Herausforderungen an Europa. Hermann Priebe zum 80. Geburtstag. Baden-Baden 1987.

Weidenfeld, Werner: La cuestión de la identidad. Los alemanes en Europa. Barcelona/Caracas 1987.

Ders.: Die Europäische Gemeinschaft und Osteuropa, in: Außenpolitik 2 (1987), S. 133–142.

Ders.: 30 Jahre EG. Bilanz der Europäischen Integration. Bonn 1987.

Ders.: Neuorganisation der Sicherheit Westeuropas. Ein Beitrag zur aktuellen Diskussion, in: Europa-Archiv 9 (1987), S. 259–268.

Weidenfeld, Werner u. Melanie Piepenschneider: Jugend und Europa. Die Einstellung der jungen Generation in der Bundesrepublik Deutschland zur Europäischen Einigung (Mainzer Beiträge zur Europäischen Einigung Bd. 9). Bonn 1987.

Wessels, Wolfgang u. Elfriede Regelsberger (Hrsg.): The Federal Republik of Germany and the European Community: The Presidency and Beyond. Bonn 1988.

Wogau, Karl von: Der Milliarden-Joker. Offene Worte gegen geschlossene Grenzen in Europa. Bonn 1987.

Zarges, Axel N.: Europäische Gemeinschaft und Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Plädoyer für eine Zusammenarbeit. Bonn 1988.